



Manfred Niess Kernerstr. 22B 70182 Stuttgart Tel:0711/ 29 70 82
e-mail: MNIess@t-online.de

Stuttgart, den 2.12.2014

PM: Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland wegen Überschreiten der Feinstaubwerte

Die EU verlangt von Deutschland Maßnahmen gegen Luftverschmutzung. Deutschland schützt laut Aussage der EU nicht ausreichend vor der Belastung durch Feinstaub (PM 10). Weil Deutschland den Verpflichtungen aus dem EU Recht nicht ordnungsgemäß nachkommt, hat die EU Kommission gegen Deutschland am 26. November rechtliche Schritte eingeleitet. Namentlich genannt werden die Städte Leipzig und Stuttgart. Die EU stellt fest: „Nach Dafürhalten der Kommission haben die betreffenden Länder (Deutschland, Österreich, Slowakei) Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit der Bevölkerung, die es seit 2005 geben sollte, nicht ergriffen. Sie werden daher aufgefordert, **zukunftsorientiert, rasch und wirksam** tätig zu werden, damit der Verstoß gegen das EU-Recht so schnell wie möglich abgestellt wird.“

Dies ist eine schallende Ohrfeige für das Regierungspräsidium Stuttgart.

Feinstaub wird vom Regierungspräsidium und vom Stuttgarter Gemeinderat immer noch nicht als ernsthaftes Gesundheitsproblem wahrgenommen. Die WHO hat die Luftverschmutzung als eine der wichtigsten Ursachen für Krebs-Todesfälle eingestuft. Nach Umweltkommissar Dimas ist der Feinstaub in der EU für den Tod von 70 000 Menschen jährlich verantwortlich; das sind fast dreimal mehr als bei Verkehrsunfällen (EU: 26 200, BRD: 3290) ums Leben kommen. Die WHO warnt, dass die Luftverschmutzung die Lebenserwartung um acht Monate verkürzt – und um mehr als zwei Jahre in den am stärksten verschmutzten Städte.

Die Problematik liegt darin, dass Feinstaub von den Sinnesorganen nicht wahrgenommen wird. Deswegen werden Grenzwerte festgelegt. Nach EU-Vorschriften darf der Wert von 50 Mikrogramm je Kubikmeter Luft höchstens an 35 Tagen im Jahr überschritten werden. Aber auch unterhalb dieser Grenzwerte werden die Bürger schleichend vergiftet.

Das Neckartor hält den traurigen Rekord, schmutzigste Messstelle Deutschlands zu sein. Die Feinstaubwerte haben sich dort 2013 dramatisch erhöht. Mit 91 Tagen lagen die überschrittenen Feinstaubgrenzwerte am Neckartor um 13 Tage höher als im Jahr zuvor. Die Bi Neckartor, KUS und der VCD haben am 30.9.2014 Einspruch gegen die Fortschreibung des Luftreinhalteplans des Regierungspräsidiums für die Landeshauptstadt erhoben. Die Umweltgruppen waren sich einig, dass die vorgeschlagenen Maßnahmen weder **zukunftsorientiert** seien, noch **wirksam**, noch führten sie zu einer **raschen** Verbes-

serung der Situation. Die EU bestätigt unsere Sicht, dass die Landeshauptstadt und das Regierungspräsidium viele Scheinvorschläge gemacht haben, genannt sei z.B. die konterkariierende Maßnahme 16: Der Bau des Rosensteintunnels, der zu einer Erhöhung des Verkehrs und damit zu einem Anstieg der Feinstaubwerte führen wird, oder Alibimaßnahmen wie die Feinstaubkehrmaschine oder der Feinstaubkleber, die teuer waren aber keine Erfolge zeigten.

Der Gemeinderat hat Entscheidungen getroffen die kontraproduktiv sind, was die Feinstaubbelastung anbetrifft. Mit dem Beginn der Bauarbeiten für S 21 wurde die Straße Am Schlossgarten gesperrt und die Bäume des Mittleren Schlossgartens - „die Lunge der Innenstadt“ - wurden abgeholzt. Sie können ihre sauerstoffproduzierende und feinstaubabsorbierende Funktion nicht mehr ausüben. Mit dem Bau des Milaneo-Konsumtempels wurden gleichzeitig ca. 1400 neue Parkplätze gebaut. Der Verkehr aus der Region hat sich seit Eröffnung deutlich erhöht, ebenso die Staus auf der Wolframstraße und der Heilbronner Straße. Beide Entscheidungen führen zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen und damit ursächlich zu einer Erhöhung des Feinstaubes.

Für jeden mit der Problemlage vertrauten Fachmann ist klar, dass es nur zwei ursächlich und rasch wirksame Lösungen gibt:

1. man reduziert drastisch die tägliche Zahl von 90 000 Autofahrern am Neckartor,
2. man verändert zusätzlich den Antrieb der Fahrzeuge, weg von Erdölprodukten, hin zu Gas, Wasserstoff oder elektrischem Strom aus regenerativer Energie.

Wir fordern das Regierungspräsidium und den Gemeinderat auf, bei einer akuten Gefahrenlage, also fünf aufeinanderfolgende Tagen mit Überschreitung der Grenzwerte, wirkungsvolle Maßnahmen zu ergreifen: ÖPNV und Fahrradverleih umsonst und eine Zufahrtsbeschränkung von PKWs in die Stadt. Zur Reduzierung der in den Talkessel einfahrenden Autos fordern wir eine Dosierung des Verkehrsaufkommens durch die Integrierte Verkehrsleitzentrale und Pfortnerampeln am Kesselrand auf ein verträgliches Niveau. Weiter fordern wir den Fahrbahnrückbau zugunsten von Flächen für den Bus, Radverkehr und Fußgänger. Einen wichtigen Beitrag zur Feinstaubminderung können zusätzlich Elektrobusse (O-Busse, Busse mit Akkus) leisten. Auch eine strenge Parkraumbewirtschaftung bei gleichzeitiger Vergünstigung der ÖPNV-Tarif bewirken ein Umsteigen vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr.

Zusätzlich fordern wir einen autofreien Sonntag im Jahr, wie er schon in Hamburg, Brüssel und mehreren italienischen Städten stattgefunden hat.

Für die BI Neckartor:

Für den VCD
Kreisverband Stuttgart e.V.

Für das Klima- und
Umweltbündnis Stuttgart

Peter Erben

Christoph Link

Manfred Niess